Bayern will Islamunterricht an Schulen deutlich ausweiten

8. April 2016

München (KNA) Bayern weitet im kommenden Schuljahr den Modellversuch „Islamischer Unterricht“ deutlich aus. Statt der bisher rund 260 Schulen werden dann rund 400 im Freistaat das Fach anbieten, wie das Bayerische Kultusministerium am Donnerstag mitteilte. Am selben Tag hatte der Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) in einer Petition an den Landtag einen raschen Ausbau des Islamunterrichts im Freistaat gefordert, da mit Blick auf Flüchtlingskinder der Bedarf immens steige. Bayern verliert laut BLLV als einstiger Vorreiter in diesem Bereich viel Potenzial durch Abwanderung ausgebildeter Lehrkräfte. Denn in anderen Ländern erhielten sie sofort eine gesicherte Anstellung.

Das 2009 als Modellversuch eingeführte Fach bietet muslimischen Schülern eine Auseinandersetzung mit ihrem Glauben. Die Inhalte basieren auf den religiösen Schriften des Islam und sind nach Angaben des Ministerium mit dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung abgeglichen. Derzeit nehmen demnach rund 11.500 Schüler das Angebot an. Gut 60.000 Muslime besuchen dem Ministerium zufolge im Freistaat Allgemeinbildende Schulen. Es bestehe für sie darüber hinaus das Angebot des Unterrichtsfachs Ethik.

Der Modellversuch werde vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) evaluiert. Ersten Ergebnissen zufolge stelle der „Islamische Unterricht“ ein „erfolgreiches Angebot“ für die jungen Menschen dar, so die Mitteilung. Er wirke persönlichkeitsbildend und gesellschaftlich-integrativ, erklärte das Ministerium. Derzeit entwickele eine Lehrplankommission am ISB die Inhalte mit Blick auf die Zielgruppen in den unterschiedlichen Schularten und Jahrgangsstufen weiter. Der Lehrerverband kritisierte in seiner Petition die fehlende Fachbetreuung, wie es sie für christlichen Religionsunterricht gebe. Das Angebot müsse zudem auf alle Schularten und Jahrgangsstufen ausgeweitet

werden. Dabei solle die bisherige Qualität erhalten werden. Die Lehrkräfte müssten an

Hochschulen im Rahmen eines Lehramtsstudiums ausgebildet werden und ihren Unterricht in deutscher Sprache erteilen. Wer das Fach absolviere, solle künftig einen Bonus bei der Einstellungsnote erhalten. Vorhandene Arbeitsverträge müssten entfristet werden, forderte der BLLV.

Der Verband regte außerdem eine Expertenkommission an. Dieser sollten religionspädagogische Fachleute muslimischer Organisationen und der Lehrverbände sowie Wissenschaftler angehören. Ein solches Gremium könnte den Islamunterricht kritisch begleiten und Verbesserungsvorschläge machen.

(KNA – qkokr-89-00126)

Stand: 16. November 2026